

Berlin, 12. Juni 2023

Solidarität mit Sahara!

Mit dem Beschluss von 10. Juni 2023 hat sich der Parteivorstand einen Bärendienst erwiesen. Anstatt sich hinter die Friedensbewegung zu stellen, Waffenlieferungen in Krisengebiete eindeutig zu verurteilen und seiner originären Aufgabe gerecht zu werden, die Einheit der Partei zu bewahren, hat sich der Parteivorstand gegen die bekannteste Politikerin unserer Partei, Sahara Wagenknecht ausgesprochen. Sie soll ihre Koffer packen und den Bundestag verlassen.

Mit welcher Arroganz und Ignoranz gegenüber der aktuellen politischen Lage muss man behaftet sein, so eine unendlich dumme Erklärung zu veröffentlichen? Ohne nur einen Blick ins deutschen Parteiengesetz geworfen zu haben, scheint sich ein Kreis von Hassprediger*innen in unserer Partei breit gemacht zu haben, um Wagenknecht aus unserer Partei zu ekeln.

Auf den Rechtsruck in der politischen Landschaft scheint der Parteivorstand nur noch taub und stumm zu reagieren. Es fehlt jegliche wirksame Strategie, die Wähler*innen im Osten des Landes für linke Politik zu gewinnen. Der Vorstand scheint sich vor seiner politischen Verantwortung drücken zu wollen. Wagenknecht soll an allem Schuld gewesen sein: An den Wahlniederlagen, der schlechteren Stimmung in der Partei und der Unfähigkeit, die Menschen in und außerhalb der Partei überhaupt noch von linker Politik überzeugen zu können.

Durch sein Schweigen zur Eskalation des Krieges in Europa und zur Kriegsvorbereitung in Fernost und mit dem faktischen Boykott der Friedensproteste (zuletzt gegen 'Air Defender 2023') unterstützt der Vorstand die brandgefährliche Kriegspolitik der NATO und treibt immer mehr Menschen in die Arme der AfD.

Ideenlos und gleichzeitig weltfremd wirkt dieser Parteivorstand, der gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung krampfhaft versucht, öko- und Lifestyle-Themen als Grundlage linker Politik zu verkaufen. Der Versuch, durch Regierungsbeteiligungen dem Ansturm von neoliberal und konservativ Rechts etwas entgegenzustellen, ist vollständig gescheitert. Kleine realpolitische Erfolge werden komplett übertönt durch faule Kompromisse und die Auslieferung unsere Grundsätze durch Teilnahme an Koalitionen mit Kriegstreiber*innen.

Der Kampf gegen strukturelle Armut und soziale Ausgrenzung ist offenbar aufgegeben und ersetzt worden durch Maximalforderungen und ein fundamentales Unverständnis sozialökonomischer Grundsätze. Mit der Forderung nach einem Grundeinkommen ohne weitere Bedingungen scheint die Partei sich in ein Märchenland zu verabschieden.

Der Vorstand hat die Partei ins politische Abseits gestellt. Das Vorstandsamt dient aktuell nur noch den Rachegelesten einiger Altgedienter und den Ambitionen von Mächtigen Politik*innen. Als politische Führungskraft hat er komplett versagt und muss so schnell wie möglich abgelöst werden.

Ja, es braucht eine neue politische Kraft, um in diesem Land demokratische Freiheiten zu verteidigen, einen funktionierende Sozialstaat zu sichern und letztendlich den Frieden zu bewahren. Die Mitglieder der Linken müssen sich jetzt entscheiden, ob sie sich ins politische Nirvana verabschieden möchten oder Teil sein wollen einer neuen kämpferischen Politik für die Mehrheit der Bevölkerung.

Basisorganisation 'Unsere Strasse', DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf